

GELD

# Alarm im Tresor

Die Schweizer, vom Leserbriefschreiber bis zum Bankier, fühlen sich angegriffen von deutschen Politikern, unbegriffen von der Welt. Sie sehen ihr Verhältnis zu Staat, Steuern und Banken herausgefordert und ihr Land durch eine neue Weltfinanzordnung bedroht. *Von Erwin Koch*

In der Mitte des alten, schweren Tisches steht ein silbernes Gefäß, zwei Äpfel darin, zwei Birnen, unberührt, ewig, als wären sie aus Wachs. Goldgerahmt und verschwiegen glänzen an der Wand die Gesichter der Altvordern in Öl. Leise, aber nicht zu leise schlägt eine Uhr die Viertelstunde – das Besprechungszimmer der ältesten Bank im Land der Schweizer, Wegelin & Co., Bohl 17, St. Gallen, eine Privatbank, 1741 gegründet, vielleicht die erfolgreichste des letzten Jahrzehnts.

Dr. Konrad Hummler mag nicht widersprechen.

„20 Prozent Wachstum ist das Ziel“, sagt er.

Pro Jahr?

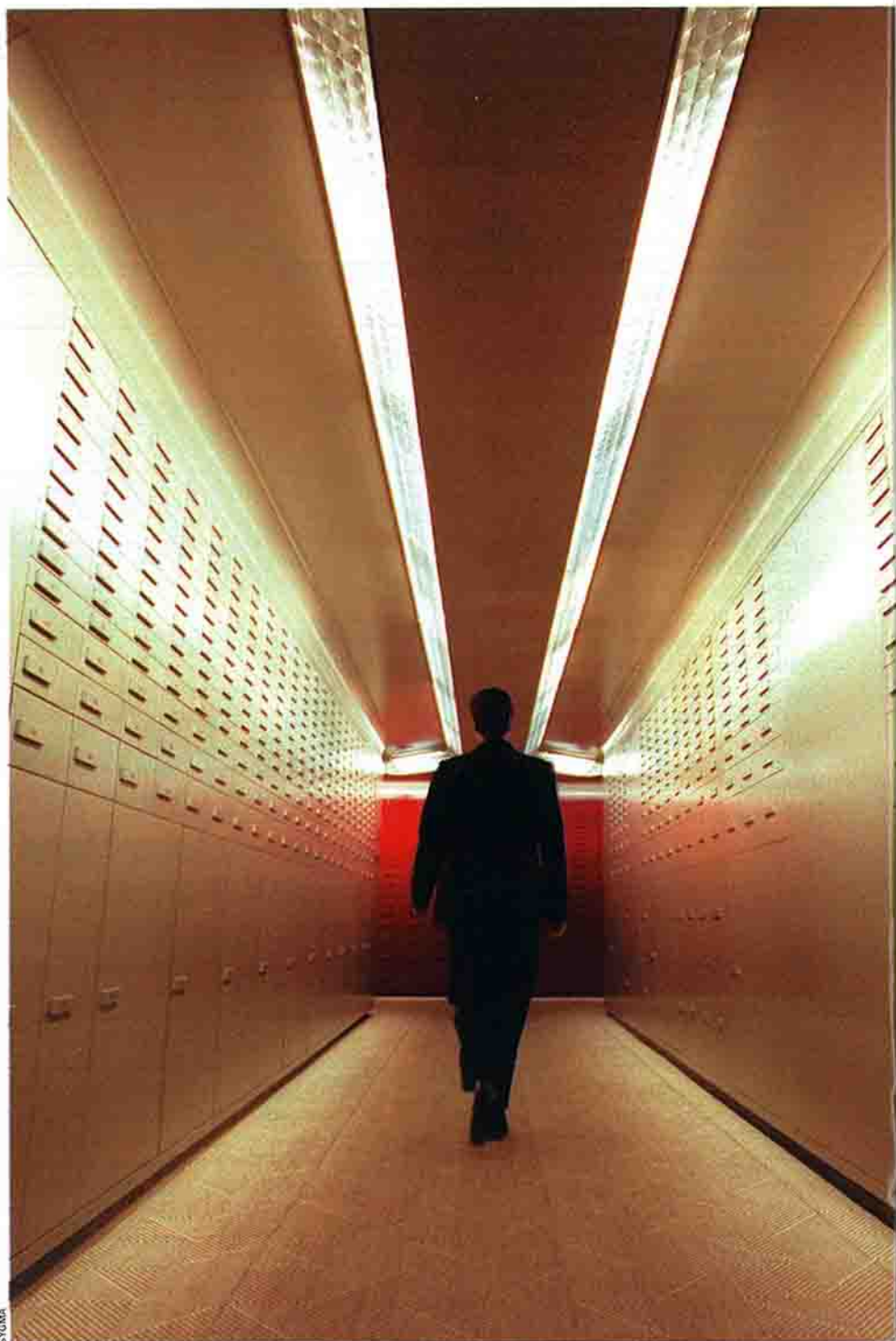
„Selbstverständlich.“

Fast haarlos und fromm sitzt er am dunklen Möbel und lauert auf Fragen, rote Krawatte mit hellen Tupfen, silberne Manschetten schließen die Ärmel des weißen Hemds, Konrad Hummler, bekannt für seine offene Rede, ist Teilhaber der Bank, auch ihr Geschäftsführer. Für die Verbindlichkeiten des Hauses haftet er mit seinem privaten Vermögen unbeschränkt.

Ins Schaufenster hat er jüngst eine Tafel stellen lassen: Mythos Nummer eins: Die größten Banken sind die besten. Falsch! Vergangenheit und Gegenwart zeigen, dass viele Probleme von Unternehmen auf ihre unüberschaubare Größe zurückzuführen sind. Wir sind kein Global Player!

Hummler, berühmt für seine Anlagekommentare, die er alle zwei Monate streut, Wohlformuliertes über Geld und Geist, über Angst und Panik, Leben und Sterben, ist Oberst im Generalstab, Verwaltungsrat der vornehmen „Neuen Zürcher Zeitung“, Präsident der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers und einiges mehr.

Die übliche Allergie, sagt er nun, die übliche allergische Reaktion habe ihn erfasst an jenem späten Oktober-Tag, als er vom neusten Hieb des deutschen Finanzministers Steinbrück erfuhr, die Schweiz sei eine Steueroase und gehöre, weil sie deutsche Bürger dazu bringe, Steuern zu hinterziehen, auf die schwarze Liste der OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, man müsse, sagte



Tresorraum in einer Schweizer Großbank (in Basel): Steuerhinterziehung ist kein Betrug

Steinbrück am 21. Oktober, gegenüber der Schweiz nicht nur das Zuckerbrot zücken, sondern auch die Peitsche.

Hummler lacht aus rundem Gesicht.

„Peitsche! Wenn ich das nur schon höre! Das steckt tief in mir drin, dass ich, zwar nach dem Weltkrieg geboren, zuerst an die deutsche Vergangenheit denke, wenn ich solche Sätze höre. Peitsche! Kommt dazu, dass meine Frau, die Mutter unserer vier Töchter, Holländerin ist. Dass der holländische Großvater meiner Töchter von den Nazis ins Arbeitslager verschleppt wurde.

Dass ihre Großmutter Juden versteckte und gleichzeitig deutsche Offiziere im Haus hatte.“

Aber schließlich, sagt Hummler und zupft den Schnurrbart, habe er sich gefasst, denn Herr Steinbrück, wenngleich rasender als sein Vorgänger im schönen Amt, habe nur wiederholt, was Hans Eichel bereits auszustoßen pflegte, Unmut auf die Steuergesetze der Schweizerischen Eidgenossenschaft, einmalig auf der Welt, und die Wut auf das Schweizer Bankgeheimnis.

Wohl kaum ein anderes Land außer der Schweiz unterscheidet so fein zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, Artikel 175.1 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und Artikel 186.1.

Steuerhinterziehung gilt in Helvetien als „Übertretung“, als eine Art Ordnungswidrigkeit, aber nicht als eigentliche Straftat. Sie ergibt sich, wenn ein Steuerpflichtiger seine Steuererklärung aus Absicht oder Versäumnis unvollständig oder gar nicht ausfüllt.

Steuerbetrug begeht, wer der Behörde gefälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden einreicht mit dem Ziel, den Staat zu täuschen.

Ein Steuerhinterzieher in der Schweiz, falls überführt, bezahlt eine Buße, der Steuerbetrüger, je nach Schwere der Tat, verliert zudem die Freiheit.

„Das ist es“, sagt Privatbankier Hummler, „was den Deutschen, den Franzosen, den USA, der EU so zu schaffen macht, dass wir uns diese Differenzierung leisten.“

Es ist, Herr Hummler, also nicht das Bankgeheimnis?

Indirekt doch, sagt Hummler, denn das Bankgeheimnis, also die Schweigepflicht des Bankiers und seiner Angestellten, niemandem Angaben zu machen über das Vermögen eines Kunden, dieses große Geheimnis, Artikel 47 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen, widerstehe, im Fall der Hinterziehung, sogar der Neugier der Steuerbehörde, der Polizei, der Justiz.

In der Tat kann in der Schweiz ein Richter eine Bank zur Offenbarung von Kundendaten erst zwingen, wenn Verdacht auf Steuerbetrug vorliegt, also auf die Fälschung von Dokumenten, oder auf terroristisches Tun, organisiertes Verbrechen, Geldwäscherei.

Wer also, Herr Hummler, Geld vom Ausland, einfach so, in die Schweiz bringt, ist vom Schweizer Bankgeheimnis auf jeden Fall geschützt?

„Solange er nicht fälscht, nicht Geld wäscht, weder Terrorist noch Mafioso ist“, knurrt der Bankier am Kastanienholztisch.

Und so gewährt die Schweiz bei Steuerhinterziehung auch keiner ausländischen Behörde Rechts- oder Amtshilfe – weil Hinterziehung in der Schweiz kein krimineller Akt ist.

Herr Hummler, ist das gerecht?

Ende 2007 lagen in den Kundendepots der Schweizer Banken Wertpapiere im Umfang von 5235 Milliarden Schweizer Franken, 3158 Milliarden Euro, 59 Prozent davon gehörten Ausländern. Die Mutmaßungen, welcher Anteil der ausländischen Gelder un versteuert in die Schweiz gelangte, schießen ins Kraut, die Deutsche Bank ging einmal von 70 Prozent aus, eine französische Parlamentarierdelegation kam auf 90. Die Hilfsorganisation Erklärung von Bern rechnet, dass allein aus Entwicklungsländern 22 Milliar-



Banker Hummler in St. Gallen: „Gerechtigkeit, mein Gott, ein großes Wort“

den Franken Fluchtgelder in der Schweiz verheimlicht liegen.

„Gerechtigkeit, mein Gott, ein großes Wort!“, seufzt Hummler.

„Darf ich ausholen?“, fragt er.

Die Geschichte, immer wieder und gerade jetzt, holt er aus und kneift sich in die Nasenwurzel, die Geschichte habe gezeigt, dass Systeme per se zur Instabilität neigen, immer wieder komme es vor, dass Staaten, zwar gut gedacht, sich irgendwann gegen die eigenen Bürger richteten, gerade in Dingen der Besteuerung. Der Gedanke, sein Geld, sein Vermögen, seine Sicherheit nicht der Herrschaft eines einzigen Systems zu unterwerfen, sondern einem zweiten, vielleicht dritten, sei, sagt der Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers mit klarer Stimme, ökonomisch sehr sinnvoll.

„Diversifikation!“, lobt Dr. Hummler, „Cayman, Singapur, Dubai, Schweiz. Wenn man davon ausgeht, es sei das Recht eines Menschen zu sparen, vielleicht im Hinblick auf die Zeit, da er kein Einkommen mehr haben wird, und wenn man dann sieht, dass der Staat das Sparen im eigenen Land gleichsam zur Qual macht oder unmöglich, weil der Sparsende nie weiß, ob der Staat, dieser nimmersatte Moloch, ihm das Ersparte irgendwann noch abnimmt, dann ist es, weil ein solcher Staat ein Unrechtsstaat ist, nur legitim, wenn seine Bürger ihr Geld ins Ausland retten.“

Deutschland als Unrechtsstaat?

„Ja!“, sagt Dr. Konrad Hummler, „fiskalisch gesehen, ja!“

Demnach, Herr Hummler, handelt ein Deutscher, der sein Geld in die Schweiz bringt, aus Notwehr?

„Richtig! Klingt zwar grob, aber nicht gröber als Peitsche. Ist denn ein Staat, der seine Bürger bis an die Grenze des Erträglichen ausnimmt und sich, als Staat, in einem Maß verschuldet, dass noch einige Generationen Ungeborener damit belastet sein werden, ist ein solcher Staat legitim? Nein, er ist es nicht!“

Hummler holt Luft.

„Manch mafiöse Organisation, sag ich nun mal sehr vorsichtig, umorgt die Menschen in ihrem Hoheitsgebiet besser als ein Staat.“

Dr. Konrad Hummler, seine Bemerkung abschmeckend, lächelt aus hellem Gesicht. Man reicht sich die Hand zum Abschied, steigt über knarrende Treppen, im Flur, links und rechts, stehen Kassenschalter aus dunklem altem Holz, über jedem zwei Greife, halb Löwe, halb Adler, das Wapenvieh von Wegelin & Co., Reittier der Götter, Hüter des Goldes.

Ein Aufschrei ging durchs Schweizerland, kaum hatte der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück seinen Satz getan. Der Sprecher der wählerstärksten Partei SVP, Schweizerische Volkspartei, eiferte, Steinbrücks Vorstoß sei typisch für einen überforderten Finanzminister, der sein ei-



Unternehmensberater Stöhlker  
„Die Regierung hat Angst vor dem Volk“



Deutscher Finanzminister Steinbrück  
„Er ist ein Nahkämpfer“



Soziologe Imhof  
„Das versteht niemand in der Welt“

genes System nicht unter Kontrolle habe, Steinbrück kehrte besser vor der eigenen Tür und senkte die Steuern so weit, dass seine Bürger es nicht nötig hätten, ihr Geld im Ausland unterzubringen.

Im Internet und auf Leserbriefseiten tobten die Schweizer ihre Empörung aus. Choleriker Steinbrück schein, schrieb einer, an Profilierungsneurose zu leiden, Steinbrück gehöre zu den großen Flucht-

**„MANCH MAFIÖSE ORGANISATION  
UMSORGT DIE  
MENSCHEN BESSER ALS EIN STAAT.“**

helfern in Deutschland, anders sei nicht zu erklären, weshalb so viele Deutsche in die Schweiz ausgewanderten.

Der Zürcher „Tages-Anzeiger“, größtes ernstzunehmendes Blatt im Land, diagnostizierte: ein Mann wie ein Nashorn. Und in Bern, der Hauptstadt, zitierte die Regierung den deutschen Botschafter ins Haus.

Mit der Peitsche, schimpfte die Schweizer Außenministerin, drohe man nicht einmal Kindern.

Noch Hummlers Rede im Ohr, das Bankgeheimnis kampflos preiszugeben wäre die größte Hornochserei der neueren Schweizer Geschichte, fährt man übers Land der Helvetier von Ost nach West, Flawil, Uzwil, Wil, vorbei an sanften Hügeln und kleinen Häusern mit kleinen Fenstern, braune Kühe stehen auf sauberen Wiesen, es ist November, Nebel drückt, kurz vor Zürich, in der Mitte von Fabriken und Brücken, ein Graffiti: Putzen macht frei.

Prof. Dr. Kurt Imhof, graues ungebügeltes Hemd, abgeschabt an den Ärmeln, hockt auf rotem Polster und streichelt, bevor er sie einschiebt, Zigarette nach Zigarette. Im Flur, unter Glas, steht ein Kleinstteil seiner gedruckten Werke („Zwischen Konflikt und Konkordanz“, „Konkordanz und Kalter Krieg“, „Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution“), Kurt Imhof, unrasiert, ist Professor für Soziologie und Medienwissenschaften an der Universität Zürich, Leiter Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft. Imhof sitzt in der Cafeteria seines Instituts, weißer Dampf steigt aus einer Müllverbrennung.

„Was Bankier Hummler von sich gibt“, sagt Professor Imhof, „wird nicht richtiger, indem er es ständig wiederholt – Unrechtsstaat!, Notwehr!“

So argumentiere man im Land seit der Einführung des Bankgeheimnisses. Ohne jede Gegenstimme habe der Ständerat, also die Vertretung der Kantone im schweizerischen Parlament, am 8. November 1934 das Bankengesetz ins Leben gesetzt, der Nationalrat mit einer einzigen, 119 zu 1. Und vordergründig, durch alle Jahrzehnte hindurch, habe man es, dieses hohe Geheimnis, immer damit unwartet, dass der Mensch ein Recht auf Privatheit habe, Privacy, ein Recht auf Schutz vor dem Staat, aber dahinter, lacht Imhof laut und kehlig, dahinter seien jederzeit ganz klar pekuniäre Absichten gestanden – Geld machen.

Und deshalb der Schmerzensschrei der Schweizer?

Imhof streichelt seine Zigarette.

„Die Schweizer schreien auf, weil sie die Worte des deutschen Finanzministers als Angriff nicht nur auf das Schweizer Bankgeheimnis empfinden, sondern als Ritt über den Sonderfall, als den sie sich begreifen.“

Klar, sagt der Professor aus seinem Sofa, klar, jede Nation, jeder Verein, jede Beziehung, jedes Individuum entwerfe sich als Sonderfall, eine Nation, die dies nicht tue, sei keine mehr, weil es dann keinen Gemeinschaftsglauben mehr gäbe, also die Voraussetzung für ein demokratisches Gebilde, in dem die Minderheit sich den Beschlüssen der Mehrheit beuge, eben weil man sich als gemeinsames Ganzes erkenne.

„Die Frage ist: Wie möbliert man den Sonderfall? Ist es der Panzerschrank in der



CORINNE GLANZMANN / NEUE LUZERNER ZEITUNG

Nationalrätin Estermann: „Deutschland fürs letzte Jahr 130 Millionen Franken überwiesen“

Mitte des Wohnzimmers? Und damit das Bankgeheimnis?“

Ihre Antwort?

„Nein! Ganz klar: nein.“

Gemäß einer Umfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung aus dem Jahr 2008 finden 91 Prozent der Schweizer es gut und richtig, dass in der Schweiz die Finanzdaten der Bankkunden gegenüber Dritten geschützt sind, 81 Prozent heißen das bestehende Bankgeheimnis ausdrücklich gut, 79 Prozent lehnen seine Abschaffung ab.

„Das Bankgeheimnis ist längst Teil der schweizerischen Identität“, sagt Kurt Imhof, „inhaltlich wird es nicht diskutiert, es ist zum Mythos erstarrt, so schweizerisch und kitschig wie Käse, Schokolade, Uhren. Und wenn Sie die Leute fragen, was es ausmache und erwirke, dieses froh besungene Bankgeheimnis, dann wissen sie es nicht, sie wissen nicht, dass es in erster Linie die Steuerhinterziehung schützt, die hierzulande nichts Kriminelles ist. Aber das versteht“, kracht es aus rotem Polster, „sowieso niemand in der Welt.“

Die Schweizer schreien demnach aus Angst?

„Aus Angst und Verwirrung.“

Der Finanzsektor in der Schweiz, also Banken, Versicherungen, Pensionskassen, trägt rund zwölf Prozent im Jahr zur Wertschöpfung der schweizerischen Volkswirtschaft bei und beschäftigt fast 193 000 Menschen, knapp sechs Prozent aller Beschäftigten im Land. Ungefähr ein Zehntel der Steuern, die in der Schweiz bezahlt werden, fließt aus dem Finanzsektor.

Den Schweizern sind Banken und Versicherungen was den Deutschen die Automobilindustrie, eine heilige Kuh, nicht

wegzudenken, schon gar nicht in heillosen Zeit.

Herr Imhof, letzte Frage: Was rechtfertigt das Bankgeheimnis?

„Nichts! – in einem Rechtsstaat. Alles! – in einem Willkürstaat.“

Man wandert durch die berühmte Bahnhofstraße, Vorweihnachtszeit, in den Fenstern der UBS, Union Bank of Switzerland, leuchten kleine Monitore, 161 an der Zahl, und zeigen jede Zuckung der Weltwirtschaft an, Aktienkurse, Notenkurse, Wechselkurse. Münzhof heißt das Haus, mürrische Sandsteingesichter ragen aus seiner Fassade, Merkur mit geflügeltem Hüthen, Gott der Händler und der Diebe.

Die UBS, mächtigste Bank im Land, hat die Eidgenossenschaft jüngst um Hilfe gerufen und, zur Überbrückung der Lebenskrise, 68 Milliarden Franken erhalten, 45 Milliarden Euro.

Plötzlich wird es laut und bunt, rote Fahnen stehen im Wind, Marx, Engels, Lenin, rund tausend Menschen. Am Paradeplatz, zwischen UBS und Credit Suisse, ist Opposition, zwei bewilligte Stunden lang.

### „DIE DEUTSCHEN ÜBERWINDET MAN MIT KRAFT UND AUSDAUER.“

Hier schlage, lärmt der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes von der Bühne, hier schlage das Herz des Kapitalismus, nun aber sei das System bankrott, Schluss mit den Steuerprivilegien der Reichen, Schluss mit Betrug und Abzockerei. Dann rappt ein Rapper namens Greis, es spielt die Banda Bassotti aus Italien, Panzerknackerbande.

Der Weihnachtsstollen zu 1300 Gramm kostet bei Sprüngli, dem Confiseur der Gepuderten, 55 Franken, die Herrenjacke bei Weinberg 3490 Franken, 2300 Euro, Pelzfutter abnehmbar.

„Quatsch“, sagt Klaus J. Stöhlker und führt den Espresso zum Mund, „nicht aus Angst, wie der Imhof meint, fegt hier die Empörung durchs Land, der Aufschrei über die Steinbrücksche Peitsche geschieht, weil die Schweizer an ihre Rechte glauben – und sie verteidigen mit Zähnen und Klauen. Voilà!“

Klaus J. Stöhlker, die Finger verschränkt, als wollte er beten, ist Unternehmensberater, vielleicht der bekannteste der Schweiz, ein Freigeist bundesdeutscher Abkunft, geliebt und ungeliebt, Vater zweier Söhne, Fidel und Raoul, kaum ein Topos ist ihm zu gering, darüber nicht zu reden und zu schreiben, Klaus J. Stöhlker AG, Unternehmensberatung für Öffentlichkeitsarbeit, rechtes Zürichseeufer, Goldküste, eine weiße Villa hinter hohem Thaja, zwei Range Rover davor.

Die Schweizer, sagt Klaus J. Stöhlker, die Schweizer, und er wisse, wovon er rede, seien im Grunde Anarchisten, Einzeltäter, originell, störrisch, offen, nicht so genormt und strukturiert wie diese feigen Deutschen, obrigkeitshörig bis zum Untergang. Aber der Schweizer, anders als der Deutsche, wolle gemocht werden, er sei höflich und diskret, fast weich, er umschreibe lieber, als dass er poltere. Und das mache ihn angreifbar.

„Der Steinbrück ist ein Nahkämpfer!“ Stöhlker lacht auf.

„Der kann nur Nahkampf.“

Was raten Sie demnach der Schweiz?

„Nahkampf! Die Deutschen überwindet man mit Kraft und Ausdauer. Geht nicht anders. Triffst du auf einen Deutschen, musst du ihm in zwei, drei Sätzen klar machen, was du willst. Anders geht das nicht.“

Wie ernst ist die Lage?

Man stehe in der Kampfzone, redet Stöhlker am Intarsientisch, die Kanonen seien gerichtet, und stelle die Schweiz sich jetzt dumm an, ohne Selbstwertgefühl und Schlauheit, ohne kluge Strategie, sei das Schweizer Bankgeheimnis in sechs Jahren auch in Europa Geschichte, in den USA sei es dies längst, ach.

Mit Billigung der Schweizer Banken und des Bundesrats, der Regierung in Bern, erfasst die US-amerikanische Steuerfahndung Daten sowohl des grenzüberschreitenden wie auch des binnenschweizerischen Zahlungsverkehrs. Was die Überwachung der inländischen Transaktionen angehe, beruhigte das Eidgenössische Finanzdepartement jüngst, so sei diese vernachlässigbar, zumal nur rund ein Prozent davon erfasst werde, 120 000 im Monat.

„In der Schweiz hat die Regierung Angst vor dem Volk. Ein wunderbarer Zustand! Die Schweiz, beliebtestes Auswanderungs-



Bankenviertel in Zürich: Keine Steueroase, aber eine Insel des Wohlstands

land der Deutschen, wo jeder die Höhe seiner Steuerschuld selbst angibt, gehört den Schweizern. In Deutschland ist es umgekehrt. In Deutschland unterwirft sich der Bürger dem Staat“, sagt Klaus J. Stöhlker, „er vertraut ihm, hofft auf ihn, lässt sich von ihm aushalten. Deutschland tut den Deutschen nicht gut. Das Land hat die Politiker, die es verdient. Bestes Beispiel: Peer Steinbrück.“

Als sie das gehört habe, Zuckerbrot, Peitsche, kichert Yvette Estermann, geborene Iveta Gavlasová, habe sie denken müssen, da vertue sich einer in der Schrift und zitiere den Sadomaso-Katalog statt das Handbuch des politischen Anstands.

Luzern versinkt in schwarzem Nebel, Japaner, den Kragen unters Kinn gedrückt, schnattern durch die Gassen, Möwen klagen, es ist Sonntagabend, die Luft riecht nach Schnee. Dr. med. Yvette Estermann empfängt im Hotel Schweizerhof, fünf Sterne, Empathy and Excellence, Yvette Estermann legt die Jacke ab, grau und pelzgerändert, sie trägt enge schwarze Jeans und lockiges Haar. Seit 14 Jahren lebt die Frau, gebürtige Slowakin, in der Schweiz, seit neun Jahren ist sie Schweizerin, seit einem Jahr Nationalrätin, seit einem halben Jahr Präsidentin der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Luzern, eine Evita der Kampfpatrioten. Immer wieder, wenn sie die Nationalhymne hört, läuft es ihr kalt über den Rücken: Wenn der Alpenfirn sich rötet / Betet, freie Schweizer, betet! / Eure fromme Seele ahnt / Gott im hehren Vaterland.

„Wenn er klug ist, dieser Herr Steinbrück, dann entschuldigt er sich bei uns. Wenn nicht, dann ...“

Dann?

„Welche Peitsche will er denn zücken? Er hat ja keine. Die Schweiz hat mit Deutschland alles bestens geregelt, ein Doppelbesteuerungsabkommen, ein Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU. Was jammert der Herr? Mit welchem Recht?“

Seit dem 1. Juli 2005 finden sich die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Europäische Union in einem sogenannten Zinsbesteuerungsabkommen. Darin hat sich die Schweiz verpflichtet, Zinserträge von Bürgern der EU, die in der Schweiz Geld horten, mit einem Steuerrückbehalt zu belegen, zuerst 15 Prozent, ab dem Jahr 2011 35 Prozent. Dieser Rückbehalt entfällt allerdings, wenn sich der Kontoinhaber der Steuerbehörde offenbart. Tut er das nicht, verbleibt der Rückbehalt der Schweiz. Doch drei Viertel davon, so das Abkommen, verehrt sie den Staaten der EU.

„Allein Deutschland“, schimpft Yvette Estermann im Schweizerhof, „haben wir für das letzte Jahr 130 Millionen Franken überwiesen.“

Sie lächelt, zieht die Brauen hoch, wiegt den Kopf.

„Müsste ja nicht sein! Dieses Geld, wenn die Deutschen uns weiterhin so drohen, könnten wir auch behalten.“

Das wäre gegen das Abkommen, Frau Estermann.

„Und? Verstoßen denn Herr Steinbrück und die EU nicht gegen alle Abkommen, die wir längst haben?“

Frau Estermann, Zusatzausbildung Homöopathie, lehnt sich zurück, Trauer im schönen Gesicht.

Im Grunde, flüstert sie, trieben Neid und Missgunst das Ausland an, nur neidisch sei man auf die kleine Schweiz, die keine Steueroase sei, aber eine Insel des Wohlstands.

„Man wird den Verdacht nicht los, man wolle uns in der EU, nur um uns zu melken, die Schweiz als Milchkuh“, faucht Yvette Estermann, die, als sie Nationalrätin wurde, den Schwur aufs Vaterland in Luzerner Sonntagstracht leistete.

Und also reist man weiter durch den Winter, Sursee, Zofingen, Olten, Burgdorf. Hochspannungsleitungen teilen das Land, Schweinestall nach Schweinestall, kahler Wald, Zuckerrüben, Autobahn, Raureif auf den Wiesen, geflecktes Vieh, schließlich kommt Bern, die Hauptstadt.

Müde setzt man sich ins Café Fédéral, bekannt dafür, dass sich darin Volksvertreter tummeln, manchmal gar Minister, man sitzt an einem Fenster und schaut hinüber zum Bundeshaus, Hochsitz von Parlament und Regierung, Halteverbot. Auf der Kuppel, golden lasiert, strahlt ein Kreuz, Helvetia trägt die Fahne mit fester Faust, links und rechts ein Greif, halb Löwe, halb Adler, Sandstein.

Man sitzt und schaut und verlässt endlich das Lokal – merkt draußen erst, mit Blick aufs gemütliche Fédéral, dass die Hälfte seiner Fenster nur Schein ist, auf den Putz gemalt, detailgetreu bis zur Wäscheleine, ein Tuch daran, um die Hände zu trocknen, gewaschen in Unschuld oder nicht.

*Erwin Koch, 52, Journalist und Schriftsteller, ist Schweizer und lebt in der Nähe von Luzern.*